

„Land darf nicht länger vor sich hinwurschteln“

Deponie Münchehagen: Bürgerinitiativen fordern Sanierungsplan / Grüne stellen Antrag

Münchehagen (Ini). Mit einem umfassenden Forderungskatalog zur stillgelegten Sondermülldeponie Münchehagen (Landkreis Nienburg) wollen die örtlichen Bürgerinitiativen die Sanierung der Giftmüllkippe vorantreiben. Ihr Konzept, das von den Grünen Anfang nächsten Jahres als Antrag in den Landtag eingebracht werden soll, fordert von der Landesregierung die umgehende Erstellung eines Sanierungsplans binnen zwölf Monaten.

Der Giftmüll in einer Größenordnung von 400 000 bis 500 000 Tonnen müsse so schnell wie möglich auf der inzwischen nachweislich undichten Tongrube ausgehoben und in einem nach allen Seiten sicher abgedichteten Bauwerk kontrollierbar zwischengelagert werden, erklärten Sprecher der Initiativen am Donnerstag in Münchehagen. Die Landesregierung dürfe nach dem jüngsten Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 5. Dezember nicht länger „vor sich hinwurschteln“, wurde erklärt.

Das Verwaltungsgericht hatte die Deponie für illegal erklärt und den betroffenen Gemeinden einen Anspruch auf schnellstmögliche Beseitigung der dadurch entstandenen Umweltgefährdung zuerkannt. Es könne nicht

angehen, daß das Land jetzt „auf Zeitgewinn“ und allein auf dem juristischen Instanzenweg bis hin zum Bundesverwaltungsgericht setze, sagte der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Hans Mönninghoff. Das Verwaltungsgericht Hannover, dessen Urteil noch nicht schriftlich vorliegt, hatte den Landesbehörden auch für ihre bisher schon begonnenen Sicherungsarbeiten ein ordentliches Genehmigungsverfahren mit Bürgerbeteiligung (Planfeststellung) auferlegt.

Das laufende Programm, das an der Deponie den Einbau seitlicher Schlitzwände vorsieht, müsse umgehend gestoppt werden, fordern die Bürgerinitiativen. Sie wollen auch an der Erstellung des Sanierungsplanes zusammen mit den betroffenen Gemeinden beteiligt werden. Es könne nicht angehen, daß diejenigen, die Münchehagen „verbockt“ haben, allein an der Sanierung arbeiten, meinte der Abgeordnete Mönninghoff.

Anders als die niedersächsische FDP-Fraktion, die ebenfalls die völlige Aushebung der Deponie vorgeschlagen hat, wollen Grüne und Bürgerinitiativen diesen Vorschlag auf keinen Fall an eine Hochtemperaturverbrennung gekoppelt wissen. Erstens sei nur ein kleiner Teil

der Giftmenge dafür geeignet, und zweitens dürfe Münchehagen zum Beispiel durch den Bau einer Verbrennungsanlage nicht mit neuen Umweltproblemen belastet werden. Statt dessen müsse die Landesregierung die durch die Deponie schwer gebeutelte Region finanziell stärker unterstützen.

Das niedersächsische Umweltministerium sieht es dagegen als unrealistisch an, innerhalb eines Jahres einen Sanierungsplan zu erstellen. Dies sei nach dem jetzigen Erkenntnisstand über die technischen Probleme und Unwägbarkeiten einer Aushebung des zum Teil nicht genau bekannten Deponieinhalts „völlig ausgeschlossen“, erklärte Ministeriumssprecher Hermann Kues auf Anfrage. Die von Bürgerinitiativen vorgeschlagenen Maßnahmen brächten ebenso wie die Entscheidung des Verwaltungsgerichts seiner Ansicht nach eine Verzögerung für die Sicherungsarbeiten an der Deponie.

Eine abschließende Stellungnahme zum Urteil des Verwaltungsgerichts will das Umweltministerium erst nach Vorlage der schriftlichen Begründung vornehmen. Es sei möglich, daß das Ministerium in die nächste Instanz gehen werde.

Hannoversche Allgemeine ZEITUNG

AUSGABE

30. Dez. 1998

„Münchehagen sofort auskoffern“

ch./r. Münchehagen Mit einem umfassenden Forderungskatalog wollen mehrere Bürgerinitiativen im Zusammenspiel mit den Grünen im Landtag die Sanierung der stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) vorantreiben. Vor Journalisten verlangten Sprecher der Initiativen am Donnerstag in Münchehagen, daß die Landesregierung spätestens in zwölf Monaten einen Sanierungsplan vorlegt.

400 000 bis 500 000 Tonnen Giftmüll müssen so schnell wie möglich auf der inzwischen nachweislich undichten Tongrube ausgehoben und in einem nach allen Seiten sicher abgedichteten Bauwerk kon-

trollierbar zwischengelagert werden, erklärten Sprecher der Initiativen. Das Verwaltungsgericht hatte die Deponie für illegal erklärt und den betroffenen Gemeinden einen Anspruch auf schnellstmögliche Beseitigung der entstandenen Umweltgefährdung zuerkannt.

Neben der Sicherung und Untersuchung des Deponieumfeldes fordern die Initiativen eine besondere Förderung für die Region, die durch die Sondermülldeponie erhebliche Nachteile erlitten habe.

Das Umweltministerium in Hannover sieht es als unrealistisch an, innerhalb eines Jahres einen Sanierungsplan für die Deponie Münchehagen zu erstellen.

Grüne, BUND und Bürgerinitiativen in Münchehagen stellten gemeinsames Sanierungskonzept vor:

Giftmüll möglichst kurzfristig auskoffern und oberirdisch auf der Deponie lagern

Nicht auf Bau einer Verbrennungsanlage warten / Verzögerungstaktik bei Behörden befürchtet

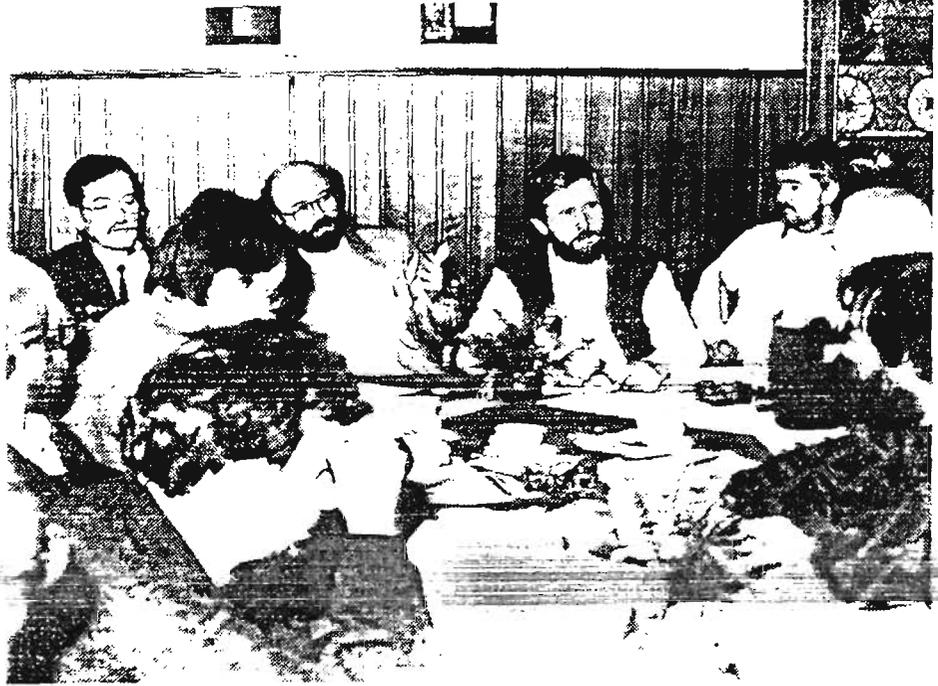
Rehburg-Loccum (ch). Vor dem Hintergrund des Verwaltungsgerichts-Urteils zur Beseitigung der Sondermülldeponie Münchehagen haben Sprecher der Grünen, des BUND und der beiden örtlichen Bürgerinitiativen gestern auf einer Pressekonferenz in Münchehagen ein gemeinsames Konzept für die nächsten Schritte zur Sanierung vorgestellt. Kernforderung des Papiers, das im Januar dem Münchehagen-Ausschuß vorgelegt soll: Möglichst schnelle Auskoffierung und langfristige sichere, oberirdische Lagerung der rund 500 000 Kubikmeter Giftmüll — eventuell auf dem Gelände der Deponie. Das Umweltministerium in Hannover bezeichnete gestern nachmittag in einer ersten Stellungnahme dieses Konzept als unrealistisch und zeitverzögernd.

Hans Mönninghoff, Sprecher für die Grünen im Landtag: „Es zeichnet sich ab, daß Land und Behörden jetzt mit einer Verzögerungstaktik beginnen und wegen des Präzedenzfall-Charakters sogar bis zum Bundesverwaltungsgericht gehen werden.“ Gleichzeitig wurde versucht, durch einen mehrjährigen Forschungsauftrag noch mehr Zeit zu gewinnen. Mit dem jetzt vorgelegten Konzept der Initiativen sei dagegen eine möglichst schnelle Beseitigung bei gleichzeitiger Bürgerbeteiligung möglich.

„Auch wenn unser Konzept auf den ersten Blick längere Zeit dauert als die bisher planlos durchgeführten SOG-Maßnahmen, so haben wir doch durch das Planfeststellungsverfahren die Sicherheit, daß alles gerichtlich hinterfragbar ist.“ erläuterten Dr. Harald Friedrich für den BUND und Wolfgang Völkel als Sprecher der Bürgerinitiative Münchehagen. Als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft gegen Giftmüll war Jürgen Hannemann (Petershagen) vertreten. Zum Entstehen des Konzeptes meinte er: „Ich bin froh, daß sich in diesem Papier die Initiativen zusammengefunden haben. Es war gar nicht so einfach, alle Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen.“

Einigkeit besteht darüber, daß eine Auskoffierung nicht an Pläne für eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage gekoppelt werden dürfe, wie es jetzt die FDP fordert hatte. Zum einen sei ein Großteil des Münchehagenmülls dafür nicht geeignet, zum anderen würde das in Münchehagen erneut zu untragbaren Umweltbelastungen führen, erläuterte Mönninghoff.

Rehburg-Loccums Bürgermeister Hans Elbers, der als Zuhörer teilnahm, lehnte



Interessensvertreter an einem Tisch: Die Grünen auf Landes- und Kreisebene, der BUND sowie die beiden Bürgerinitiativen vor Ort stellten gestern ein gemeinsames Konzept zur Sanierung der Sondermülldeponie Münchehagen vor. Von hinten links: Jürgen Hannemann (Bürger gegen Giftmüll), Dr. Harald Friedrich (BUND), Hans Mönninghoff (Grüne) und Wolfgang Völkel (Bürgerinitiative Münchehagen)

Foto: Hüneke

eine Verbrennungsanlage zum gegenwärtigen Stand der Technik für Münchehagen ebenfalls ab — er könne sich allerdings vorstellen, daß bei ausgereifterer Technik eine solche Anlage in Münchehagen denkbar sei. Ansonsten könne er weitgehend hinter den Forderungen des Papiers stehen.

Im Gegensatz zum jetzigen Zustand müsse die oberirdische Lagerung jederzeit kontrollierbar und eine spätere Aufbereitung möglich sein, heißt es in dem Konzept. Für die Erstellung eines Sanierungsplanes räumen die Initiativen eine einjährige Planungsphase ein. Danach sollen im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens — wie es auch das Verwaltungsgericht gefordert hatte — die regionale Körperschaften und Bürgerinitiativen beteiligt werden. Das derzeit laufende Schutzwand-Programm müsse sofort gestoppt werden, weil es nach den

neuesten Erkenntnissen über die Untergrundbeschaffenheit ohnehin wirkungslos sei.

Neben der Sicherung und Untersuchung des Deponie-Umfeldes fordern Grüne, BUND und Bürgerinitiativen eine besondere Förderung für die Region, die durch die Folgen der Sondermülldeponie erhebliche Nachteile erlitten habe. Die Landesregierung wird aufgefordert, als Versuch eines Ausgleichs den betroffenen Personen und Gemeinden (auch in Nordrhein-Westfalen) finanzielle zu helfen.

Zur Finanzierung ihrer Vorschläge sowie zu konkreten Vorstellungen über die oberirdische Lagerung äußerten sich die Sprecher nicht. Es sei nicht ihre Aufgabe, sondern Aufgabe der Techniker und Behörden, Kosten zu ermitteln und technische Möglichkeiten auszuarbeiten.

Eine Milliarde für Deponie-Sanierung

Hannöver fürchtet Kosten in Münchehagen

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 29. Dezember. Eine gründliche Sanierung der undichten Giftmüll-Deponie Münchehagen im niedersächsischen Landkreis Nienburg wird voraussichtlich weit über eine Milliarde Mark kosten, wie ein Sprecher des Umweltministeriums in einem Gespräch mit der FR bestätigte. Die 1983 stillgelegte Deponie, in der neben anderen hochgiftigen Abfällen auch große Mengen Dioxin lagern, war in den 70er Jahren rechtswidrig errichtet worden, wie das Verwaltungsgericht Hannover Anfang Dezember feststellte. Daher wurde das Land verpflichtet, die Folgen der für nichtig erklärten Genehmigungen zu beseitigen.

Die Gesamtmenge der in die Münchehagener Gruben gekippten Chemie-Abfälle aus dem In- und Ausland wird auf 400 000 bis 500 000 Kubikmeter geschätzt. Nach heutigen Preisen rechnet das Umweltministerium in Hannover allein für das „Auskoffern“ (Ausräumen) der Deponie und die Verbrennung der Abfälle mit 2000 Mark je Kubikmeter, sagte der Sprecher des Ministeriums am Donnerstag der FR. Da eine solche Beseitigung der Giftstoffe, von denen schon kleinste Bruchteile eines Gramms tödlich wirken, kurzfristig nicht möglich ist, müssen zuvor aufwendige Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Der umweltpolitische

Sprecher der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Friedrich-Theodor Hruska, schlug vor, die Deponie künstlich zu vereisen, um auf diese Weise zu verhindern, daß weiterhin Gift ins Grundwasser eindringt.

Im Hinblick auf die gewaltigen Kosten erwägt das Umweltministerium jedoch gegen das Verwaltungsgerichtsurteil, dessen schriftliche Begründung noch nicht vorliegt, Berufung einzulegen. Außerdem verwies der Sprecher auf einzelne Gutachter, die eine Auskoffnung für nicht realisierbar halten, weil die damit beschäftigten Arbeiter auch bei noch so

aufwendigen Vorkehrungen zu großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt wären.

Der langjährige Landwirtschaftsminister Gerhard Glup (CDU), der damals auch für Umweltschutz und Giftmüllbeseitigung zuständig war, hatte jahrelang bestritten, daß von der Deponie irgendwelche Gefahren ausgehen könnten; verhartlosend verglich er sie mit einem Kuhfladen. Als erstmals dioxinhaltiges Öl austrat, unterstellte er „militanten Umweltschützern“, das Gift von außen aufs Deponiegelände gebracht zu haben. Inzwischen hat sich bestätigt, daß die örtlichen Umweltschutz-Bürgerinitiativen, denen im Genehmigungsverfahren jede Mitwirkung verweigert worden war, mit ihren frühzeitigen Warnungen vor der Wasserdurchlässigkeit des angeblich dichten Ton-Bodens recht hatten. Die Behörden hatten die Genehmigungen ohne Planfeststellungsverfahren erteilt.

Am Donnerstag stellten die Bürgerinitiativen gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und den Grünen ein eigenes Sanierungskonzept vor. Danach soll ein Bauwerk errichtet werden, in dem der Giftmüll langfristig sicher gelagert werden könnte; besondere Vorkehrungen wären nötig, um ein Austreten von Feuchtigkeit oder Gas zu verhindern. Das Bau-

werk soll von allen Seiten kontrollierbar und reparierbar sein. Der Müll soll so gelagert werden, daß eine spätere Aufarbeitung, wenn sie sich als sinnvoll und machbar erweisen sollte, nicht ausgeschlossen wäre.

Von den Behörden forderten die Umweltschützer, daß sie innerhalb von zwölf Monaten „unter Hinzuziehung des international verfügbaren Sachverständigen“ einen Sanierungsplan aufstellen, der Grundlage für das sich anschließende Planfeststellungsverfahren sein soll. Dem Konzept der Umweltschützer stimmte auch der Bürgermeister der Gemeinde Rehburg-Loccum, Hans Elbers, am Donnerstag zu. Münchehagen ist ein Ortsteil dieser Gemeinde. Die örtlichen Sprecher bestätigten vor Journalisten ausdrücklich, daß sie das Münchehagener Deponiegelände als Standort für das vorgeschlagene neue Giftmüll-Lager akzeptieren würden.

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Hans Mönninghoff, erklärte, für die Lagerung in einem oberirdischen Bauwerk sei die notwendige Technik ausgereift, für eine Verbrennung dagegen bisher nicht. Die Bürgerinitiativen kündigten an, daß sie sich dem Bau einer Verbrennungsanlage widersetzen würden.

Vor einigen Monaten hatte die Landes-

regierung 45 Millionen Mark für ein Sicherungsprogramm bewilligt, mit dem das Austreten von Giften aus der Deponie verhindert werden sollte. Die Pläne sehen vor, rings um die Deponie 15 Meter tiefe Betonwände zu bauen und das Grundwasser abzusenken. Im Planungs- und Vorbereitungsstadium wurden aber bisher schon rund 20 Millionen Mark verbraucht. Inzwischen veranschlagt das Ministerium die Kosten dieses Programms, das nicht vor 1992 abgeschlossen sein kann, auf 70 Millionen Mark. Im November erhielt das ganze Projekt einen schweren Schlag, als sich bei Bohrungen herausstellte, daß nicht nur das seitliche Erdreich, sondern vor allem der bis dahin für völlig dicht gehaltene Untergrund wasserdurchlässig ist; es reicht also nicht aus, die Deponie bloß seitlich abzudichten.

Ein zweiter Schlag folgte mit dem Verwaltungsgerichtsurteil vom 5. Dezember, wonach auch dieses Sicherungsprogramm „nicht den rechtlichen Maßstäben“ entspricht, weil es wiederum ohne Planfeststellungsverfahren beschlossen wurde. Dennoch ließ das Ministerium die Arbeiten bisher nicht stoppen.

Die Giftmülldeponie wurde von einer Firma betrieben, die zum Frankfurter Rütgers-Konzern gehörte.

Bürgerinitiativen legen gemeinsames Münchehagen-Konzept vor

„Regierung muß schnellstmöglich handeln“

Kernpunkte: Kurzfristige Auskofferung und langfristig sicher lagern bis Aufarbeitung technisch möglich

Münchehagen/Petershagen (ha). Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 5. Dezember, das von den niedersächsischen Behörden die schnellstmögliche Beseitigung der Giftmülldeponie Münchehagen fordert und das deren Illegalität festgestellt hat, sind die Gegner der Deponie gemeinsam in die Offensive gegangen: Gestern legten sie Grundzüge eines Sanierungskonzepts vor, das die kurzfristige Auskofferung des verseuchten Deponie-Bodens, seine sichere Zwischenlagerung bis zu dem Zeitpunkt fordert, an dem es erprobte Aufarbeitungstechnologien gibt, die eine endgültige Beseitigung des Gemisches aus zahlreichen, teilweise noch unbekanntem Giften sicherstellt, ohne neue Gefahren für die Umwelt heraufzubeschwören. Die Sprecher der Initiativen nannten zwar keine Kostenschätzungen, sahen aber einen möglichen Betrag von zwei Milliarden Mark nicht als unrealistisch an. Die Landesregierung in Hannover wurde aufgefordert, innerhalb eines Jahres einen sinnvollen Sanierungsplan aufzustellen.

Nicht nur das Urteil der Verwaltungsrichter in Hannover bestätigt die Initiativen, die hier ländergrenzenübergreifend sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt haben. Das Urteil bestätigt die Unrechtmäßigkeit der stillgelegten Deponie und fordere die Albrecht-Regierung eindeutig auf, schnellstmöglich die noch immer sich ausbreitenden Gefahren von der Deponie zu stoppen und ein sicheres und dauerhaftes Konzept vorzulegen. Die noch immer drohenden Gefahren für das weitere Umfeld der Deponie bis hin zur Weser sind nach Ansicht der Deponiegegner durch Grundwassermessungen im Tiefen von über 45 m bestätigt worden.

Besonders durch diese Messungen bedenen in großen Tiefen Kontaminationen festgestellt worden seien, so Hans Mönninghoff, umweltpolitischer Sprecher der

Grünen-Fraktion im niedersächsischen Landtag, sei die Durchlässigkeit der Ton-schichten auch amtlich bestätigt worden. Deponiegegner und Gutachten hatten dies schon seit langem behauptet. Damit seien Vorstelligen von einer Einkapselung des verseuchten Deponieraums ebenfalls hinfällig wie Behauptungen der Behörden, daß man noch Zeit mit einem Konzept habe. „Die Bürger haben einen vom Gericht festgestellten Anspruch auf schnellstmögliche Beseitigung der Deponie“, so Mönninghoff.

Aufgabe der Landesbehörden müsse es sein, die Form zu finden, in der das ausgekofferte Deponie-Material „langfristig sicher“ gelagert werden könne. Dabei sei sowohl an oberirdische „Bauwerke“ wie auch an unterirdische Lagerung zu denken.

In jedem Fall solle diese Lagerstätte „rundherum dichtgemacht“ werden, so daß weder Niederschlagswasser oder Grundwasser hinzukommen, noch feste, flüssige oder gasförmige Stoffe in die Umwelt gelangen könnten. Ausgasungen seien vollständig so zu erfassen, daß organische Verbindungen zerstört und andere Schadstoffe ausgefiltert werden könnten. Weiter müsse die Lagerstätte „von allen Seiten her vollständig kontrollierbar“ sein. Das Bauwerk selbst, müsse, da Baustoffe nur begrenzte Lebensdauer hätten, vollständig reparierbar sein. Hierin sehen die Verfasser auch einen Zwang, bei später möglicher umweltunschädlicher Beseitigung der Giftstoffe, eine solche Aufarbeitung auch durchzuführen.

Dazu wird die Landesregierung aufgefordert, innerhalb von zwölf Monaten ein Sanierungskonzept vorzulegen, in das Erkenntnisse des „international verfügbaren Sachverständigen“ eingearbeitet werden müssen. Dies müsse Grundlage eines Planfeststellungsverfahrens sein. An der Planaufstellung sollten neben den Fachbehörden auch die „regional betroffenen Gebietskörperschaften“ und die örtlichen Bürgerinitiativen beteiligt werden.

Die Bürgerinitiativen rechnen selbst bei dem geforderten Planfeststellungsverfahren mit einem Zeitaufwand von zirka fünf Jahren bis zur sicheren Zwischenlagerung, dessen Volumen sicher erheblich höher sein wird, als die vermuteten 400 000 bis

500 000 Kubikmeter Giftmüll im Deponiekörper. Dennoch sei dieser Zeitraum aus Sicherheitsgründen nötig, und zudem vermutlich erheblich kürzer als der Weg der Landesregierung, die, so argwöhnen die Deponie-Gegner, über Forschungsaufträge und Gutachten sowie durch weitere Schritte auf dem Justizweg, eine Verzögerungstaktik einschläge (siehe auch die Stellungnahme des Umweltministeriums auf dieser Seite).

Die Landesregierung in Hannover wird aufgefordert, ihre Planungen für ein Schlitzwand-Bauprogramm (Kostenschätzung 70 Mio. Mark) aufzugeben und alle Sanierungsschritte außer kurzfristig notwendiger Maßnahmen in ein Planfeststellungsverfahren einzubringen. Auch zur Gefahrenbeseitigung in der Umgebung der Deponie seien alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Schäden, die die Region durch den Deponie-Skandal erlitten habe, seien durch Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte auszugleichen. Dies müsse auch für betroffene Teile in NRW gelten, sehen die Initiativen die niedersächsische Regierung ländergrenzenübergreifend in der Pflicht.

Die Initiativen wie auch die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland lehnen eine Hochtemperaturverbrennungsanlage zur End-Beseitigung des Giftmülls ab. Eingeräumt wurde, daß eine Zwischenlagerstätte in der Region Münchehagen errichtet werden könne. „Wir könnten die Notwendigkeit an einem anderen Ort wohl nur schwer klarmachen“, so Heinrich Bredemeier von der Bürgerinitiative gegen Giftmüll.

Kurzfristige Auskofferung der illegalen Deponie Münchehagen gefordert / Droht jetzt jahrelange Prozeßlawine?

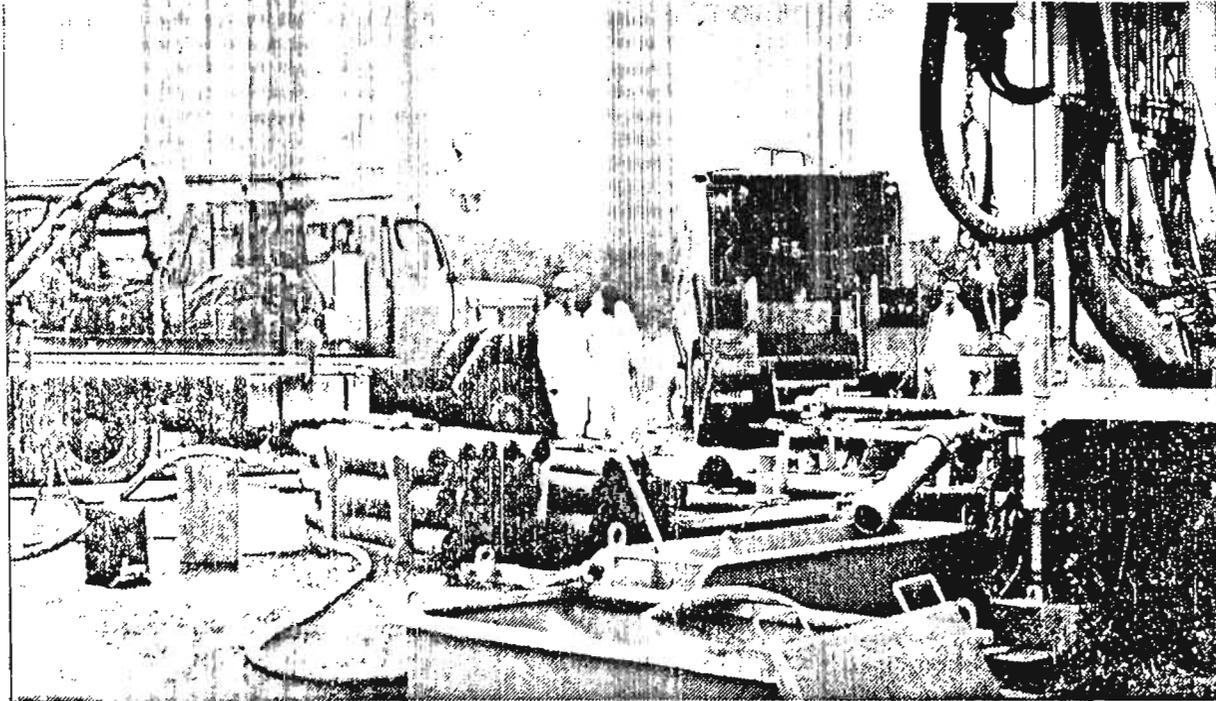
U Bürgerinitiativen lehnen Giftmüllverbrennung ab ●

Petershagen/Münchehagen (wi). Die sofortige Erstellung eines Sanierungsplans (innerhalb der nächsten zwölf Monate) für die stillgelegte Giftmülldeponie Münchehagen und den Stopp des „unzureichenden Schlitzwand-Bauprogramms“ fordern die örtlichen Bürgerinitiativen. Während eines Pressegespräches erläuterten sie gestern ein eigens entworfenes Sanierungskonzept, das eine kurzfristige Auskofferung und eine langfristig sichere Lagerung des Mülls zum Ziel hat. Eine Verbrennung des Mülls in einer auf der Deponie gebauten Hochtemperaturanlage lehnen die Bürgerinitiativen ab.

Auf der Grundlage des Sanierungskonzeptes wird die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen am 23. Januar im Umweltausschuß einen entsprechenden Antrag einbringen, so der Umweltpolitische Sprecher der Grünen, Hans Monninghoff.

Zwei neuere Entwicklungen in Sachsen-Münchehagen bestärken die Bürgerinitiativen und die Grünen in ihrer Forderung. Der Untergrund der Deponie ist viel durchlässiger, als bisher bekannt war. Folglich ist eine kurzfristige Auskofferung des Giftmülls wegen der zunehmenden Grundwassergefährdung dringend geboten. Zudem hat das Landgericht Hannover den Städten Petershagen und Rehburg-Loccum unlängst den Anspruch auf Beseitigung des Mülls eingeräumt (die NW berichtete).

Möglicherweise wird die Beseitigung des Deponiematerials aber noch Jahre auf sich warten lassen. Der Umweltpolitische Sprecher der Grünen beturchtet, daß die niedersächsischen Behörden die Hannoveraner Entscheidung nicht akzeptieren und in die Revision gehen. Da es sich um ein Präzedenzfall handele, sei es durchaus möglich, daß der Fall Münchehagen bis vor ein Bundesgericht komme. Monninghoff: „Dann kann es zu einer jahrelan-



Bohrungen auf dem Gelände der Deponie Münchehagen sollen Aufschluß über die Beschaffenheit des Untergrundes geben. Nach ersten Zwischenergebnissen sind die Schichten in 45 Meter Tiefe durchlässiger, als bisher bekannt war.

Foto: Wind

gen Prozeßlawine kommen.

Das ausgekofferte Material soll nach den Vorstellungen der Bürgerinitiative Münchehagen, der „AG Bürger gegen Giftmüll“, des Bundes für Umwelt und Naturschutz und der Grünen in einem „Bauwerk“ gelagert werden, das Kriterien für die langfristig sichere Lagerung des Mülls erfüllt. So müsse ausgeschlossen sein, daß Niederschlagswasser und Grundwasser in Kontakt mit dem Müll geraten. Ferner dürften keine Restfeuchtigkeit und keine Ausgasungen in die Umwelt gelangen. Der Müll sei so zu lagern, daß eine spätere Auf-

arbeitung möglich sei, sofern dies aus Sicherheitsgründen sinnvoll und technisch machbar sei, so die Bürgerinitiativen.

Eine Koppelung der Auskofferung mit Plänen für Verbrennungsanlagen – wie von der FDP angeregt – lehnen die Bürgerinitiativen unter Hinweis auf „massive neue Umweltprobleme“ strikt ab. Ferner müsse wegen der aus technischen Gründen absehbaren Mindestgröße damit gerechnet werden, daß eine im Raum Münchehagen errichtete Hochtemperatur-Verbrennungsanlage zusätzlich große Mengen Giftmüll aus

anderen Regionen aufnehmen mußte. „Dies ist für die Bevölkerung in dieser durch die Altdeponie schon belasteten Region unzumutbar“, so die Umweltschützer.

Der Bürgermeister von Rehburg-Loccum, Hans Elbers, lehnte gestern eine Verbrennung des Mülls an Ort und Stelle nicht grundsätzlich ab. Elbers: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dies aufgrund fehlender technischer Anlagen zwar nicht machbar“, er halte es aber für möglich, daß in Zukunft eine entsprechende Technik zur Verfügung stehe.

Nach Meinung der örtlichen Bürgerinitiativen hat die Region Münchehagen durch die Folgen „einer verfehlten Chemie- und Industriepolitik“ in der Vergangenheit erhebliche Nachteile erlitten. Deshalb wird die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, als „Versuch eines Ausgleichs“ den betroffenen Personen und Gemeinden (sowohl in Niedersachsen als auch in Nordrhein-Westfalen) im Einzelfall und durch eine besondere Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte finanziell zu helfen.

Gottesdienst

Hille-Holzhausen-Nordhemmern (hbr). Der Gottesdienst am Sonntag, 1. Januar 1989 (Neujahr) in der Kapelle zu Nordhemmern beginnt bereits um 15 Uhr und nicht, wie in den kirchlichen Nachrichten angegeben, um 16 Uhr.

Gegen Telefonmast

Petershagen. Aus bisher ungeklärter Ursache geriet eine Pkw-Fahrerin auf der B 61 nahe der stillgelegten Mülldeponie Heisterholz nach rechts von der Fahrbahn ab und prallte mit ihrem Wagen gegen einen Telefonmast. Sie wurde dabei schwer verletzt.

Nerzmantel geklaut

Minden. Unbekannte Täter drangen zwischen dem 22. und 27. Dezember in ein Wohnhaus am „Maulbeerkamp“ in Minden ein. Sie durchsuchten dort sämtliche Schränke und entwendeten ein Videogerät der Marke „Loewe“, eine Stereoanlage „Pioneer“ mit Verstärker, ein Kassettengerät, einen CD-Player mit Tuner, zwei Lautsprecherboxen der Marke „Magnat“, ein Telefon „Berlin“, ein Kupferbild „Köln“, einen braunen Nerzmantel der Größe 42 sowie einen Ring mit Aquamarin.



Das Bild der Giftmülldeponie Münnehagen hat sich gewandelt. Betriebsamkeit scheint durch Bohr- und Meßtrupps hinter dem Drahtzaun zu herrschen. Den Bürgerinitiativen reichen die bislang getroffenen Maßnahmen und die Pläne der niedersächsischen Regierung nicht aus. Sie legen jetzt den Entwurf eines gemeinsamen Sanierungskonzepts vor.

**Umwelt-Ministerium:
Forderung nicht machbar**

Münnehagen/Hannover. Das niedersächsische Umweltministerium sieht es als unrealistisch an, innerhalb eines Jahres einen Sanierungsplan für die Deponie Münnehagen aufzustellen. Dies sei nach dem jetzigen Erkenntnisstand über die technischen Probleme und Unwägbarkeiten beim Ausheben des nicht genau bekannten Deponieinhalts „völlig ausgeschlossen“, erklärte ein Ministeriumssprecher am Donnerstag in Hannover auf Anfrage. Die von den Bürgerinitiativen vorgeschlagenen Maßnahmen brächten ebenso wie die Entscheidung des Verwaltungsgerichts seiner Ansicht nach eine Verzögerung für die Sicherungsarbeiten an der Deponie.

Zum Urteil des Verwaltungsgerichts will das Umweltministerium erst nach dem Vorliegen der schriftlichen Begründung abschließend Stellung nehmen. Es sei möglich, daß das Ministerium in die nächste Instanz gehen werde. Das Urteil habe in jedem Fall erhebliche Konsequenzen für andere Altlasten in der Bundesrepublik.

30. 12. 1988

Mündener Tageblatt / Seite 8



Auch die immer weiter um sich greifenden Gefahren von der Deponie auf die Umwelt des Geländes müssen nach Ansicht der Deponie-Gegner schnellstmöglich gebannt werden. MT-Fotos: hn

Ausbaggern und Zwischenlagern

Grüne fordern Stopp des jetzigen Sanierungs-Programms



Von Wolfgang Braun

Münchehagen (aun). Der Dioxin-Giftmüll in der Altdeponie Münchehagen muß so bald wie möglich ausgebaggert werden, weil nach neuesten Gutachten eine Vergiftung des Grundwassers und damit auch der Weser nicht mehr auszuschließen sind. Das forderte gestern Hans Mönninghof (Foto links), niedersächsischer Landtagsabgeordneter der Grünen in einem Pressegespräch. Und: Die Frage einer Auskoffnung dürfe nicht mehr – wie bisher – ausschließlich vom Bau einer Verbrennungsanlage für den Dioxin-Müll abhängig gemacht werden. Stattdessen müsse eine oberirdische, zum Grundwasser hin zuverlässig abgeschottete Deponie errichtet werden, die als Zwischenlager dient.

Die Forderung des Abgeordneten, die in Kürze als Antrag im niedersächsischen Landtag zur Debatte stehen soll – auch die FDP hatte sich bereits dort für eine Auskoffnung stark gemacht – wird nicht nur von Bürgerinitiativen und Umweltschützern mitgetragen. Auch der Bürgermeister der Gemeinde Rehburg-Loccum, Hans Elbers, stellt sich hinter dieses Konzept. Gefordert wird auch der Stopp des Sanierungsvorhabens, das niedersächsischen Umweltministeriums derzeit betreibt. Es sieht eine Beton-Einmantelung des Mülls auf der Deponie vor.

Sofortmaßnahmen seien aus zwei Gründen erforderlich: Experten haben festgestellt, daß der Untergrund der Deponie bei weitem nicht so dicht ist wie ursprünglich angenommen. Ein dichter Untergrund war jedoch auch Voraussetzung des bisherigen Konzeptes des Hannoveraner Ministeriums Remmers. Und: Das Hannoveraner Verwaltungsgerichtsurteil vom 5. Dezember dieses Jahres (das WB berichtete), das für die Sanierung vermutlich ein langwieriges Planfeststellungsverfahren fordert, wird einen jahrelangen Rechtsstreit nach sich ziehen, wenn das Land Niedersachsen – wie zu erwarten ist – den Richterspruch von höheren Instanzen – Bundesverwaltungsgericht, Bundesverfassungsgericht – prüfen läßt.

Wolfgang Völkel von der Bürgerinitia-

tive Münchehagen: «Die 400 000 bis 500 000 Kubikmeter Dioxinmüll können im eingeeisten Zustand aus der Altdeponie geborgen werden.» Die Lagerung solle dann solange erfolgen, bis Verbrennungs- oder chemische Verfahren entwickelt sind, die es ermöglichen, das brisante Potential unschädlich zu machen. Daß die Zwischenlagerung in der oberirdischen Deponie im Bereich der Altdeponie Münchehagen vorgenommen wird, dagegen erheben Umweltschützer und Grüne keine grundsätzlichen Bedenken.

Aber auch mit der Auskoffnung und der Fertigstellung eines Zwischenlagers – geschätzte Kosten insgesamt: zwei Milliarden Mark – wäre erst in frühestens zwei oder drei Jahren zu rechnen. Denn auch diese Maßnahmen bedürfen eines zeitraubenden Planfeststellungsverfahrens.

Sanierung hat für Grüne und Bürgerinitiativen jedoch auch noch einen von der Beseitigung der Dioxin-Giftgefahr unabhängigen Aspekt: Sie wollen vom Land Niedersachsen als Ausgleich Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte in den betroffenen Gemeinden. Das betrifft in Nordrhein-Westfalen vor allem Petershagen. Aber: Daß ein Bundesland Projekte in einem anderen Bundesland fördern würde, wäre ausgesprochen ungewöhnlich.



Warten mitbeteiligt an der Erarbeitung des Sanierungskonzeptes (v.l.): der Petershäger CDU-Ratsherr Jürgen Hannemann (AG Bürger gegen Giftmüll), Wolfgang Völkel (Bürgerinitiative Münchehagen) und Dr. Harald Friedrich (BUND). Fotos: Braun

Den Giftmüll zwischenlagern

Forderung wegen Grundwassergefährdung in Münchehagen

Münchehagen (WB/aun). Eine möglichst schnelle Ausbaggerung der Dioxin-Fässer auf der Aldeponie Münchehagen und eine Zwischenlagerung fordern Bürgerinitiativen, Umweltschützer, aber auch Vertreter der betroffenen Gemeinde Lohrhum-Reburg wegen der starken Grundwassergefährdung durch die Deponie. Experten hatten festgestellt, daß der Deponie-Untergrund wesentlich durchlässiger ist als ursprünglich angenommen. Zudem verzögerten, so der

niedersächsische Landtagsabgeordnete der Grünen, Hans Mönninghoff, Verwaltungsgerichtsprozesse um die rechtlichen Grundlagen der angestrebten Sanierung eine Lösung des Problems um Jahre.

Nach den Überlegungen soll der Giftmüll im vereisten Zustand geborgen und dann auf einer oberirdischen, durch Betondecken abgesicherten Deponie zwischengelagert werden. Die Kosten bezifferten sie auf zwei Milliarden Mark.